P2-Beschluss Wirtschaft im Wandel der Zeit

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 04.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Inhaltlicher Schwerpunkt

186 Wir leben nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich in einer Zeit des
187 Umbruchs. Die Industrialisierung prägte eine Zeit, in der immer mehr Menschen in
188 großen Unternehmen arbeiteten und die Schwerindustrie und der Montan-Komplex die
189 Grundlage der Volkswirtschaft bildeten. Diese Wirtschaft ist zum Teil mit der
190 Umwelt und ihren Mitarbeitenden unverantwortlich umgegangen. Politische
191 Rahmenbedingungen wie die Umsetzung des Pariser Klimaabkommen müssen dafür
192 sorgen, diese jetzt schon schwindenden Industrien weiter zu reduzieren oder
193 umwelt- und menschenfreundlich umzugestalten.

194 Neuerungen der Wirtschaft ermöglichen

195 In einer Welt in der Milton Friedmans Philosophie regiert, dass unsere
196 Gesellschaft auf Gier basiert, dass die einzige Aufgabe von Unternehmen ist
197 Profit zu generieren, forderte die Grüne Jugend eine radikale Änderung der
198 heutigen Wirtschaftspolitik.
199 Ziel der Wirtschaftspolitik der Grünen Jugend ist eine nachhaltige, sozial
200 gerechte und innovative Wirtschaft. Dabei dürfen wir Wirtschaftspolitik nicht
201 nur national denken, sondern uns der internationalen Auswirkungen der
202 Wirtschaftspolitik in allen Beschlüssen bewusst werden. Denn um in Zukunft
203 Wohlstand in der gesamten Gesellschaft zu ermöglichen und zu sichern müssen wir
204 Global denken und nachhaltig handeln.
205 Viele Unternehmen haben bereits erkannt, dass ein ökologisches Wirtschaften
206 zukunftsorientiert ist, aber für einige sind Änderungen der politischen
207 Rahmenbedingung notwendig, um diese zu ökologischem Wirtschaften zu bringen. Denn
208 selbst Unternehmen die schon heute nachhaltig wirtschaften, werden in von
209 unserem Gesamtwirtschaftssystem unter Druck gesetzt schnell kurzfristige
210 Gewinne zu machen auf Kosten der Umwelt, Sozial Standards und Innovationen.
211
212 Wir brauchen zuerst neue Formen wirtschaftlichen Erfolg zu messen. Das
213 Bruttoinlandsprodukt ist keine zeitgemäßen Rahmen zur Messung von
214 Wirtschaftsständen von Nationen Wir müssen lernen den Erfolg von Unternehmen am
215 Gesellschaftlichen Mehrwert zu messen. Dies kann die Anzahl der
216 Sozialbeschäftigten sein und die Innovationskraft der Unternehmen oder Anstieg
217 der kleinsten Einkommen, all das könnten bessere Indikatoren sein um die

218 Wirtschaftsstärke Deutschlands zu bemessen.
219 Auch an der Börse müssen grundlegende Veränderung geschaffen werden. Die
220 grundsätzliche Idee der Finanzierung von Innovation durch Anteilsankäufe sind
221 eine demokratische Möglichkeit Firmen zu unterstützen. Doch Spekulationen,
222 Mikrotrading und die Verbindung von Management Gehältern mit dem Shareholder
223 Wert können zu keinem Nachhaltigen Wachstum führen und mindern die
224 Innovationskraft von Unternehmen. Unternehmen nur an Gewinnen zu messen ist eine
225 überholte kurzfristige Anschauungsweise, Beispiele wie Google und Amazon zeigen
226 schwarze Zahlen sind keine Garantie für Erfolg, Innovation schon.

227 Wir brauchen mehr *schöpferische Zerstörungen* im Sinne von Joseph Schumpeter für
228 unser Wirtschaftssystem. Das bedeutet, dass durch neue Technologien, Ideen und
229 Dienstleistungen das bisherige Wirtschaftsgleichgewicht "zerstört" wird und mit
230 den neuen Technologien, Ideen und Dienstleistungen neu gebildet werden kann.
231 Deutschland muss mehr investieren nicht nur in Infrastruktur, sondern in Ideen,
232 Bildung und Forschung. Innovationen wie der Streetscooter der RWTH Aachen wären
233 ohne Bundesmittel nicht möglich gewesen um eine breite, sozialen, krisensichere
234 und nachhaltige Wirtschaftsstandort aufzubauen brauchen wir neue Ideen.

235 Förderung der Forschung ist die beste Innovation in die Zukunft!
236 Doch Fördermittel dürfen nicht wie eine Gießkanne über alle Bewerber geschüttet
237 werden. Projekte die besonderen gesellschaftlich zivilen Nutzen haben, in
238 Bereichen wie z.B. Gleichberechtigung und Umweltschutz müssen natürlich bei der
239 Förderung bevorzugt werden

240 "Mir ging es darum, alle menschlichen Ressourcen der Gesellschaft nutzbar zu
241 machen" so beschreibt der konservative norwegische Industrie Minister Ansgar
242 Gabrielsen seine Motivation für die Einführung einer 40% Frauenquote in der
243 norwegischen Wirtschaft. Eine Erkenntnis die hierzulande noch fehlt. Die
244 aktuelle Frauenquote betrifft zu wenig Unternehmen und setzt zu niedrige
245 Forderungen. Wer mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus Entscheidungsgremien
246 ausschließt verliert den Blick für mehr als die Hälfte des Marktes. Daher
247 fordert die Grüne Jugend NRW das sowohl das Gesetz zur Frauenquote ausgebaut
248 wird als auch das in Zukunft, festgelegte Anteile von Fördergeldertöpfen an
249 Unternehmen und Gründer*innen gehen die die Quote von mind. 40% in Führungsebenen
250 Ihrer Unternehmen einhalten. Dies gilt auch für staatliche KfW Förderungen

251 Große Unternehmen wie RWE und Thyssen-Krupp wandeln sich kaum von selbst und
252 behindern durch ihre Dominanz im Wirtschaftsmarkt eine *schöpferische Zerstörung*
253 im grünen Sinne. Kleinere Unternehmen sind flexibler. Die Zukunft einer
254 Wirtschaft in Zeiten des Wandels liegen in einer Kleinteiligkeit..

255 Riesige Unternehmen haben eine gewaltige Macht auf die Politik, was wir
256 kritisieren. RWE beispielsweise ist eng verflochten mit der Landesregierung und
257 der Bezirksregierung. Land, Bund, und Kommunen müssen als hohe
258 Anteilseigner*innen mehr Kontrolle über das operative Geschäft bekommen.
259 Wir fordern eine direkte Wählbarkeit der Aufsichtsratsposten.
260 Aufsichtsratsposten dürfen nicht vergütet werden, lediglich

261 Aufwandsentschädigung für Betreuungskosten, Lohnverluste und Reisekosten dürfen
262 gelten gemacht werden und diese müssen öffentlich und nachvollziehbar einsehbar
263 sein.

264 Zudem fordern wir das Bund, Land und Kommunen Aktien von Unternehmen abzustoßen
265 welche nicht nachhaltig und sozial handeln.

266 Wir fordern die Kommunen auf, diese Marktmacht nicht länger zu stützen und
267 Aktien von RWE abzustoßen.

268 Wir sehen: Es braucht einen Wandel der Wirtschaft hin zu einer Kleinteiligkeit
269 und Umweltfreundlichkeit. In der Digitalisierung sehen wir keinen romantischen
270 Selbstzweck, sondern eine Chance, diesen Wandel möglich zu machen.

271 Klein- und Kleinstbetriebe (weniger als 50 Mitarbeiter) sollen mehr gefördert
272 werden, zum Beispiel durch das Herabsetzen von bürokratischen Hürden um die
273 Gründung attraktiver werden zu lassen. Eine höhere Anzahl von klein- und
274 mittlgröße Betriebe führen zu einer Bereicherung der Wirtschaft durch neue Ideen
275 und Impulse. Konkurrenz und Vielseitigkeit wird erhöht, was dem allgemeinen
276 Trend zu riesigen Konzernen und Monoplen entgegen wirkt. Dies ist wünschenswert,
277 da durch mehr Veränderungen und Innovationen, große Firmen ebenfalls dazu
278 gezwungen werden sich anzupassen und strukturelle Probleme zu lösen.

279 Im Sinne der bereits eingeleiteten Digitalisierung der Behörden, sollen noch
280 mehr statistische Daten auf Kommunen-, Landes- und Bundesebene erhoben und
281 veröffentlicht werden. Diese können zum Beispiel zu Verbesserung der
282 Verkehrsführung verwendet werden.

283 Google, Facebook und Amazon sind nur die prominentesten Beispiele für eine von
284 Konsumenten Daten unterstützte Monopolbildung. Damit das Internet und die Daten
285 aller Bürger* und Bürgerinnen* frei bleiben, müssen Datenmonopolisten dazu
286 gezwungen werden ihre Daten mit kleineren Unternehmen zu teilen und so Start-Ups
287 die Möglichkeit geben, sich zu gründen, weiterzuentwickeln und beispielsweise
288 Verkehrsführung effizienter zu gestalten.

289 Das Gesundheits- und Sozialsystem ist auf große Unternehmen angelegt. In der
290 Struktur von Renten- und Sozialkasse ist auf eine durchgängige Erwerbsbiografie
291 angelegt. In Zeiten von kleinteiliger angelegter Wirtschaft müssen wir diese
292 Prämissen für ein funktionierendes Sozialsystem überwinden. Erst dann werden
293 mehr Menschen den Sprung wagen, ein kleines eigenes Unternehmen zu gründen.

294 **Bestehende Unternehmen auf den grünen Weg begleiten**

295 Die kapitalistisch-organisierte Wirtschaft ist dabei oftmals im eigenen
296 Korsett der Gewinnmaximierung gefangen. Weil besonders Aktienunternehmen darauf
297 angelegt sind möglichst schnell gute Zahlen zu liefern, wird sich nur von
298 Quartalszahlen zu Quartalszahlen gehandelt. Langfristige Umbaumaßnahmen des
299 Unternehmens sind nicht möglich ohne diesem kurzfristig zu schaden, da die

300 momentane Gewinnmaximierung aber höher bewertet wird als die nachhaltige
301 Entwicklung des Unternehmens und der Gesellschaft, wird auf diese verzichtet.
302 Den Umbau des Mittelstandes der Wirtschaft zu gestalten bedeutet also auch, in
303 der Gesellschaft für eine Akzeptanz des Umbaus zu werben. Große Gewinne und ein
304 zeitgleicher grundlegender Umbau der Wirtschaft fallen in einem noch auf nicht-
305 nachhaltiges Wirtschaften setzenden Kapitalismus selten zusammen. Den
306 wirtschaftlichen Umbau auf eine smarte, soziale und ökologische Geschäftspolitik
307 wollen wir stärker fördern. Wir fordern ein staatliches Programm, dass den
308 Umbauprozess besonders von kleinen Unternehmen fördert und den Unternehmen
309 ermöglicht aus diesem Korsett zu entfliehen.

310 **Falsche Anreize beenden und Lobbyismus bekämpfen!**

311 Oftmals werden aber den Unternehmen auch staatlich die falschen Anreize gesetzt.
312 Ein Umbau des Wirtschaftssystems kann daher nur durch eine Änderung der
313 Wirtschaftspolitik erfolgen.

314 Dienstwagen werden steuerlich gefördert. Dieses Privileg nutzen viele
315 Unternehmen und stellen ihren Mitarbeiter*innen Autos zu Verfügung, welche
316 bereits nach kurzer Zeit wieder ausgetauscht und durch neue ersetzt werden. Die
317 herrschende Praxis befördert einen rücksichtslosen Umgang mit Ressourcen und die
318 Mentalität, Güter nur über eine kurze Periode zu nutzen. Mobilität wird
319 allerdings weiterhin ein zunehmend wichtigerer werdender Faktor für Unternehmen
320 sein. Die fehlgeleitete Nachfrage, welche durch Anreize wie das
321 Dienstwagenprivileg verstärkt wird, sollte auf nachhaltige Güter umgeleitet
322 werden. Statt Firmenwagen weiterhin steuerlich zu bevorteilen sollen Konzepte
323 wie Carsharing mit Elektroautos samt Ausbau der Infrastruktur, Netzkarten für
324 den ÖPNV und der Radverkehr unterstützt werden.

325

326

327 Weiter fordern wir einen schnellen Ausstieg aus (indirekten) Kohle-Subventionen
328 und wollen auch die Dieselsubvention beenden. Kerosin im Flugverkehr bedarf
329 einer neuen Regelung und darf bei internationalen Flügen nicht von der
330 Mehrwertsteuer befreit werden. Die Zukunft liegt in einer Wirtschaft, die auf
331 erneuerbare Energien setzt.

332 Als gute Alternative zum Auto, fordern wir außerdem, dass Firmen und Unternehmen
333 den Berufsweg mit dem öffentlichen Nahverkehr und Radverkehr fördern und hierbei
334 vom Staat unterstützt werden. Auch fordern wir, dass Netzkarten (ÖPNV) eine
335 ernsthafte Alternative zu Dienstwagen werden.

336 Ein Umbau der Wirtschaft bedarf Mut und politische Entscheidungen. Zu oft werden
337 diese durch einen Einfluss der Unternehmen auf die Politik verhindert.
338 Lobbyismus und Parteispenden prägen nach wie vor das politische Handeln von
339 manchen Parteien. Wir setzen uns daher für ein transparentes Lobbyregister und

340 eine Begrenzung von Lobbyismus ein. Gleichzeitig wollen wir die Möglichkeit der
341 Parteispenden auf natürliche Personen begrenzen.